

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riesa,  
Ferien Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:  
Dresden 1530,  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 146.

Freitag, 24. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraumbesonderer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemühtigster Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdrücke Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Leichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Sturm gegen Hoover.

Lausanner Entschlossen über die „Sprache des gesunden Menschenverstandes“.

Mit einem für die Franzosen, aber selbst für die Engländer unheimlichen Plan ist die Vorkchaft des amerikanischen Präsidenten Hoover in die Falle und graue Dunst-atmosphäre von Genf und Lausanne eingeschlagen. Zum erstenmal seit langem vernahm man wieder offene Worte. Zum erstenmal wurde mit konkreten Forderungen, die klar und fest das wirkliche Ziel der Abrüstung bezeichnen, das ganze tragikomische Satyrspiel der militärischen Abrüstungsverhandlungen entlarvt. Zum erstenmal wieder wurde auch die Wahrheit über die Reparationen gesagt. Was bedeutet alles Feilschen über Reparations- oder Dalbösungen, was das pietistische Geflüsel über einen „Gottesfrieden“, wenn wenige Kilometer von dem Ruh- und Bestial Ducky entfernt die europäischen Generalstabler in Uniform oder Zivil die Unmöglichkeit jeder Rüstungs-schränkung nachweisen, weil jeder Verzicht auf Kanonen, auf Giftgas und Tanks, die Sicherheit der Völker gefährdet! In diesen Schwindel mußte einmal hineingeleuchtet werden. Und das es von Hoover, dem Vertreter jener Macht geschah, die den Weltkrieg entfachte, ist kein schlechtes Zeichen, auch wenn Wahlschicksalpunkte, wie die Franzosen so schön betonen, bei diesem „unkorrekten Ultimatum“ oder diesem „hinterlistigen Bemühen zur Sprengung der Genfer Konferenz“ mitgewirkt haben sollen.

Es ist ungemein charakteristisch, die Wirkung des amerikanischen „Donnerwortes“ auf die europäischen Konferenzmitglieder zu beobachten. Wie aus Lausanne berichtet wird, sah Herr Herriot, der sonst sprühender Laune ist, in der Nacht nach der amerikanischen Erklärung finster und kumm hinter seinem Glase Bier. MacDonald zeigte sich überhaupt nicht. Er nährte die Mühsut, die ihn schon in den letzten Tagen bewegte, nun auch gegen das Hoover-Diktat. Sir John Simon aber antwortete den Journalisten noch bisfziger als am Vortage, wo er die beiden einzigen Alternativen der Lausanner Konferenz dahin zusammenfaßte: Nicht bezahlt zu werden — oder nicht bezahlt zu werden. Einzig bei der deutschen Delegation wird der Vorstoß Hoovers als ein ehrlicher Schritt nach vorwärts begrüßt. Man hat weiß Gott vieles gegen die Abrüstungskonferenz und gegen Lausanne auf dem Herzen, aber man kann es aus diplomatischer Höflichkeit nicht immer sagen. Das hat jetzt Herr Hoover gründlich besorgt.

Selbstverständlich bringen auch die amerikanischen Vorschläge keineswegs die Erfüllung für alle jene Forderungen, die von deutscher Seite seit über einem Jahrzehnt gegenüber den schwer rüstenden Siegerstaaten erhoben worden sind. Man muß das besonders betonen, weil von französischer Seite sonst behauptet wird, daß Herr Hoover Herrn von Papen nach dem Munde geredet hätte. Davon kann leider ganz und gar nicht die Rede sein. Wir Deutschen vermissen vor allem in den Hooverischen „Grundrissen“ ein Wort über jene deutsche Gleichberechtigung, die wir als Voraussetzung einer ehrlichen und den Frieden vollenden Verständigung immerdar bezeichnen müssen. Diese Gleichberechtigung ist keine Doktrin, die mit juristischer Evidenz immer wieder in die Debatte geworfen werden muß. Es kommt uns dabei auch durchaus nicht auf die äußere Formel einer solchen Gleichberechtigung an. Was wir wünschen müssen, ist, daß aus dem Geiste dieser Gleichberechtigung heraus verfahren und daß sowohl die Abrüstungs- als auch die Reparationsfragen von ihr aus beurteilt werden. Davon steht in der Hooverischen Erklärung leider kein Wort, und hier ist der Punkt, wo auch die deutsche Delegation bei aller warmherzigen Begrüßung des amerikanischen Schrittes einen Vorbehalt anmelden muß.

Aber was sonst in dem neuen Hooverplan gefordert wird, das ist schon der Verwirklichung, und zwar einer möglichst baldigen, wert. Die Belästigungen sollen um ein Drittel herabgesetzt werden. Die Rüstungsbeschränkung soll nicht nur Zahlen in den Büchern verändern, sie soll „eine positive“ sein. Tanks, Gaskrieg und bewegliche schwere Artillerie sollen vollständig von der militärischen Bildsäule verschwinden. Bombenflugzeuge sollen abgeschafft werden. Bei den Seeabrüstungen soll ein Drittel der Gesamttonnage der Panzerschiffe gekürzt werden und ein Viertel der Gesamttonnage der Flugzeugmutterchiffe, der Kreuzer und der Torpedoboote. Kein Staat soll eine Unterseeboottonnage über 35.000 Tonnen beibehalten. Und so fort! Es ist selbstverständlich, daß besonders von französischer Seite gegen diese Forderungen eine Unmenge von Gegenwärtigkeitspunkten vorgebracht werden dürften. Und daß man militärisch, chemisch, politisch, technisch und meinetwegen auch moralisch die Unmöglichkeit und „Schließheit“ dieser Forderungen beweisen wird. Das Entscheidende ist jedoch, daß hier zum ersten Male nicht die Stimme der Diplomaten, sondern der tiefe Wunsch der Bevölkerung aller Nationen zu Worte kommt, die den Frieden wollen. Die Diplomaten können sich vor der Antwort an diese Bevölkerung, die international, besser übernational ist, nicht mehr herumdrücken. Selbst der französische Sozialist Leon Blum sagt: „Der Hoover-Plan stellt genau das dar, was die französischen Wähler gewollt haben“. Dieses heimliche Bewußtsein aller Nationen ruft nach einer Erfüllung und ehrlichen Beratung der Hoover-Vorschläge. Wenn die Diplomaten in den nächsten Tagen mit einem neuen Feilschen antworten wollen, wird man sie erinnern müssen, daß sich die wirkliche Weltmeinung gegen sie stellt. Wenn die Abrüstungskonferenz in Genf den neuen Hoover-Vorschlag negativ ausklungen läßt, weiß sie, daß damit auch alle anderen großen internationalen Probleme zu Fall gebracht worden

## Der Reichszanzler vor der deutschen Kolonie in Lausanne

Keine halben Maßnahmen.

Lausanne, 24. Juni.

Im Stadtkasino fand ein deutscher Abend statt, der von der deutschen Kolonie in Lausanne, der deutschen Handelskammer in der Schweiz und vom Verband deutscher Studierender an Schweizer Hochschulen veranstaltet war. Der Reichszanzler, die Reichsminister und die ganze deutsche Delegation nahmen an dieser eindrucksvollen Veranstaltung teil. Auch der österreichische Bundeskanzler Dollfuß war erschienen.

Reichszanzler von Papen führte u. a. aus: Diese Konferenz darf nicht mit Resolutionen schließen, die der Welt nur den Frieden versprechen; diese Konferenz muß der Welt endgültig den Frieden zurückgeben. Es geht hier in Lausanne nicht darum, die Ursachen zu suchen, die die Weltwirtschaft in Unordnung gebracht haben; diese sind zur Genüge bekannt und von allen Sachverständigen der Welt überzeugend und übereinstimmend oft genug dargelegt worden.

Heute gilt es, die bereits erkannten Fehlerquellen zu beseitigen. Die Zeit der halben Maßnahmen ist vorbei. Die Völker Europas und der Welt wollen Frieden sehen. Ich kann nicht daran glauben, daß die Welt zu solcher positiven Arbeit noch nicht reif ist. Die Hoffnung der Jugend ist fast geschwunden. Das wirtschaftliche Leben gleicht einem Kirchhof. Mehr noch als dieses materielle Elend lastet auf uns das niederdrückende Bewußtsein, zu einer Nation minderen Rechts degradiert zu sein kann man sich wundern, daß ein Volk mit einer solch stolzen Geschichte wie die unsrige sich in allen Jahren seines Herzens gegen einen Zustand aufbäumt, der sein seelisches Gleichgewicht in dem empfindlichsten Punkt zerschüttern muß?

Die Welt darf sich weder darüber täuschen, daß das materielle Unglück, unter dem Deutschland so besonders leidet, nicht an den Grenzen eines Landes halt macht, noch auch darüber, daß die seelische Spannung Gegenwirkungen erzeugen muß, die das soziale Gleichgewicht Europas auf das ernsteste bedrohen.

Die Frage nach dem Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise ist klar und einfach zu beantworten:

Man muß sich entschließen, einen endgültigen Strich unter die tragische Rechnung des Krieges zu machen. Das allein ist imstande, der Welt das Vertrauen wiederzugeben.

Die deutsche Regierung hat noch einmal den Versuch gemacht, alle lebendigen, aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen, um neue Grundlagen für das Leben unseres Volkes zu finden und die soziale Zerrissenheit unserer Zeit zu überwinden. In diesem festen und unerschütterlichen Willen wissen wir uns eins mit dem gesamten deutschen Volk. Deutschland will den Frieden in Ehren, weil es den Frieden der Welt will.

## Die englisch-französischen Tributbesprechungen vorläufig unterbrochen.

In Lausanne. Der französische Ministerpräsident Herriot leitete Donnerstag nachmittag von neuem dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald einen längeren Besuch ab. Nach Abschluß der Unterredung wurde von englischer Seite folgende amtliche Mitteilung verbreitet: Die Besprechungen zwischen den englischen und französischen Ministern wurden heute in einer nützlichen und freundschaftlichen Weise fortgesetzt und zunächst unterbrochen, um den französischen Ministern die Möglichkeit von Besprechungen mit den deutschen Ministern zu geben. Die Verhandlungen zwischen der englischen und französischen Regierung über die Tributfrage scheinen damit vorläufig abgeschlossen zu sein. Jetzt beginnen die unmittelbaren Auseinandersetzungen der französischen Vertreter mit der deutschen Regierung.

## Direkte deutsch-französische Verhandlungen.

Die Aussprache zwischen von Papen und Herriot findet am Freitag vormittag um 10 Uhr im französischen Hauptquartier, dem Hotel Lausanne Palace, statt, wo zunächst eine Unterredung zwischen Herriot und dem Reichszanzler erfolgt, an die sich nach französischen Mitteilungen eine gemeinsame Besprechung der gesamten deutschen und der gesamten französischen Abordnung anschließen wird. Nach Mitteilungen von deutscher Seite nehmen an den deutsch-französischen Besprechungen außer dem Reichszanzler auch der Reichsaussenminister, sowie Staatssekretär von Bülow teil.

In französischen Kreisen wurde am Donnerstag abend in Zweioptimismus gemacht und der Stand der Konferenz

als „günstig“ bezeichnet. Die Konferenz habe durchaus Schritte vorwärts gemacht. Die jetzt beginnenden Verhandlungen mit der deutschen Regierung würden zweifellos schwierig sein, jedoch bestände noch die Hoffnung auf eine Verständigung mit der deutschen Regierung. Die französische Regierung halte jedoch selbstverständlich uneingeschränkt an ihrem Standpunkt fest, daß von einem Verzicht auf die deutschen Tributzahlungen aus grundsätzlichen politischen Gründen nicht die Rede sein könne; die französische Regierung müsse auch für die Zukunft ihren Anspruch auf die deutsche Zahlungspflicht aufrechterhalten.

Herriot hatte die Absicht, am Donnerstag abend eine Rundfunkrede für die Vereinigten Staaten zu halten. In letzter Stunde ist diese Rede jedoch von amerikanischer Seite angeblich aus technischen Gründen abgelehnt worden.

## Die deutsch-französischen Besprechungen in Lausanne.

Lausanne. (Zuspruch.) Die für heute geplanten Besprechungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation begannen, wie vorgeesehen, um 10 Uhr, wo sich Reichszanzler von Papen zum französischen Ministerpräsidenten begab. Nach etwa einer halben Stunde wurden zu der Besprechung der beiden Regierungschefs mehrere Herren der deutschen und der französischen Delegation hinzugezogen, darunter von deutscher Seite unter anderem Reichsaussenminister von Neurath, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Reichswirtschaftsminister Warmbold und Staatssekretär von Bülow.

Die Sitzung hat bis kurz vor 13 Uhr angehalten. Bei ihrem Abschluß wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Die deutsche und die französische Delegation haben heute morgen eine erste Arbeitssitzung abgehalten. Graf Schwerin von Krosigk hat eine eingehende Darlegung von finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands gegeben.

## Ein belgischer Plan zur Erledigung der Reparationsfragen.

(Lausanne. Die verlautet, hat die belgische Delegation ebenfalls einen eigenen Plan zur Erledigung der Reparationsfragen ausgearbeitet, der sich in der Linie des bekannten Franco-Planes bewegt und im wesentlichen etwa das folgende vorliegt:

Die deutschen Schwierigkeiten seien hauptsächlich auf den Mangel an Gold und Devisen zurückzuführen. Dieser Mangel könne behoben werden, und zwar durch die Realisierung der Sachwerte der deutschen Gemeinde- und Städteunternehmungen, wie z. B. Gaswerke, Elektrizitäts- und Wasserwerke, die teilweise heute noch überflüssig zu verzeichnen haben.

Falls sich diese Vermutung über den belgischen Plan richtig erweisen sollte, braucht nicht besonders betont zu werden, daß er ebenso undurchführbar und unmöglich ist, wie jeder andere Plan, der weitere Reparationszahlungen vorsetzt, da er an den Tatsachen wirtschaftlicher Natur vorbegeht.

Lausanne. (Zuspruch.) In einem Communiqué der belgischen Delegation heißt es: Die belgische Delegation hat einen Plan ausgearbeitet für den wirtschaftlichen und finanziellen Aufbau Europas. Die vorgesehene Lösung würde sich hauptsächlich auf die Reorganisation gewisser öffentlicher Unternehmungen in Deutschland beziehen, ferner auf eine internationale Kreditreorganisation und schließlich auf eine Reform des Zollsystems.

## Vertagung der Konferenz?

In Lausanne. Die verschiedensten Pläne tauchen jetzt auf, auf welche Weise ein „offizieller Zusammenbruch“ der Konferenz vermieden werden kann. Auf englischer Seite wird stark dafür Stimmung gemacht, daß im Herbst zunächst eine europäische Wirtschaftskonferenz in Lausanne und sodann anschließend in London eine Weltwirtschaftskonferenz abgehalten werden soll, jedoch nur unter der Voraussetzung einer vorherigen Regelung der Tributfrage. Jüngst ein Ausweg aus der immer verworreneren und aussichtsloser werdenden Lage der Konferenz zeichnet sich jedoch bisher nirgends ab. Der Gedanke eine Vertagung durch „Permanenzklärung“ der Konferenz und Einsetzung von Sachverständigenausschüssen gewinnt an Boden.

In französischen Kreisen wird heute offen zugegeben, daß sich die innenpolitische Lage für das Kabinett Herriot in den letzten Tagen wesentlich verschlechtert habe, und daß in der Kammer bereits Intrigen gegen das Kabinett im Gange seien. An einer längeren Lebensdauer des Kabinetts Herriot wird bereits vielfach gezweifelt. Durch die Unterbrechung der deutsch-französischen Verhandlungen und die am Freitag beginnenden deutsch-französischen Besprechungen sind die Konferenzarbeiten jedenfalls in eine neue, vielleicht die entscheidende Phase eingetreten.

vielleicht der höchste Wert des Vorkisses des amerikanischen Präsidenten